

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**am 14.04.2021**

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

**Ordentliche Teilnehmer/innen**

CDU

Herr André Langeworth

Frau Tanja Orłowski

SPD

Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Finn Bucken

Frau Susann Purucker

Stellvertretende Vorsitzende

FDP

Herr Leo Knauf

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Dr. Asma Ait Allali

Herr Georg Epp

Frau Kirsten Fuhrmann

Frau Melanie Hoffmann

Herr Ingo Nürnberger

Frau Gabriele Stillger

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster

Herr Marc Korbmacher

Frau Regina Puffer

Herr Matthias Rotter

Herr Michael Schütz

Frau Daniela Wollenberg

Schriftführung

Frau Liesa Warneke

**Verwaltung**

Herr Jörg Leesemann

Herr Jakob Bergen

---

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Purucker begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses fest.

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.03.2021**

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

#### **Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.03.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 2 Einführung und Verpflichtung von neuen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses**

Frau Purucker gibt an, dass zur heutigen Sitzung ein neues Mitglied anwesend sei, welches noch verpflichtet werden müsse. Sie bittet die Anwesenden sich zu erheben und führt Frau Dr. Asma Ait Allali in ihr Amt ein. Daraufhin wird sie mit nachfolgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Frau Dr. Ait Allali bekundet ihr Einverständnis mit einem deutlichen „Ja“.

*Hinweis: Die Verpflichtung ist nach TOP 5.1 erfolgt.*

-.-.-

### **Zu Punkt 3 Mitteilungen**

#### **Zu Punkt 3.1 Fachkräftebedarf in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Offene Ganztagschule**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 3.2 Elterngeld**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

---

**Zu Punkt 3.3 Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch das Land NRW – Anhebung der fachbezogenen Pauschale**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

---

**Zu Punkt 3.4 Der Jugendhilfeausschuss - Impulse für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Verwaltung**

Herr Nürnberger verweist auf die Mitteilung aus der Sitzung vom 17.02.2021. Bisher haben neun Personen ihr Interesse an der Teilnahme an der Veranstaltung bekundet. Von diesen seien zwei aus der Verwaltung. Daher weist er noch einmal – insbesondere die neuen Mitglieder – auf das Schulungsangebot hin. Einen Termin gebe es derzeit noch nicht. Wer Interesse habe, könne sich weiterhin anmelden, obwohl die Frist bereits abgelaufen sei.

- Kenntnisnahme -

---

**Zu Punkt 3.5 Überbrückungsweise Beschaffung von Selbsttests für Kinder in Angeboten der Kindertagesbetreuung**

Die Mitteilung liegt als Tischvorlage vor und wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

---

**Zu Punkt 3.6 Sachstand „Hall of Fame“**

Die Mitteilung liegt als Tischvorlage vor und wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

---

**Zu Punkt 4**      **Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**      **Teilnahme der Stadt Bielefeld am Interessenbekundungsverfahren des Landes NRW**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1238/2020-2025

Die Antwort zur Anfrage liegt den Anwesenden als Tischvorlage vor. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 4.2**      **Anzahl der gemeldeten Kindeswohlgefährdungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1239/2020-2025

Die Antwort zur Anfrage liegt den Anwesenden als Tischvorlage vor. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 5**      **Anträge**

**Zu Punkt 5.1**      **Handlungskonzept „Geschlechtersensible Berufsorientierung in Bielefeld“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1252/2020-2025

Finn Bucken hält die Broschüre der REGE zwar für fachlich hochwertig, sie sei aber unvollständig. In weiblich dominierten Berufen haben Jungen es genauso schwierig wie Mädchen in männlich dominierten Berufen. Dies soll die Broschüre nicht deutlich genug machen. Zudem werbe diese mit Gendersensibilität, aber die meisten Gender seien vergessen worden. Die Schwierigkeiten bei intergeschlechtlichen, nicht-gewählten, a-geschlechtlichen, genderlosen Personen seien viel größer als die zwischen Jungen und Mädchen. Es würde nicht ausreichen, wenn sich der Beirat für Mädchenarbeit mit der Broschüre auseinandersetze, da die Probleme mehrdimensional gedacht werden müssten.

Herr Langeworth fragt, ob das Konzept heute beschlossen werden soll oder ob es lediglich um die Erstellung des Berichts ginge. Zudem fragt er nach, wo dieser Bericht vorgestellt werden würde.

Frau Stillger gibt an, dass das Konzept bereits beim vorletzten Bericht über die Jugendberufshilfe und die Berufsorientierung bei Mädchen im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden sei. Aufgrund der Berichter-

stattung und der daraus resultierenden Ergebnisse sei die REGE beauftragt worden, ein Konzept zu erarbeiten. Die REGE habe gemeinsam mit dem Fachbeirat für Mädchenarbeit in einem Netzwerk das Handlungskonzept entwickelt. Um zu prüfen, ob sich das Konzept in der Praxis durchsetzt, habe die REGE um eine regelmäßige Berichterstattung gebeten.

Den Aussagen von Finn Bucken stimmt sie zu. Sie gibt jedoch an, dass der Fachbeirat für Mädchenarbeit nur für die Zielgruppe Mädchen zuständig sei.

Der Jugendhilfeausschluss fasst folgenden

**Beschluss:**

**Im Sinne einer nachhaltigen Überprüfung der Wirkungsabsicht des Handlungskonzeptes „Geschlechtersensible Berufsorientierung in Bielefeld“ wird die REGE beauftragt, in Abstimmung mit dem Fachbeirat für Mädchenarbeit und der Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld, für die zweite Jahreshälfte 2023 einen Bericht zum Stand der Umsetzungsentwicklung nach einer ausreichenden Zeit der Erprobung zu erstellen und im Jugendhilfeausschluss der Stadt Bielefeld vorzustellen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Sachstand zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen der Vertragsperiode 2020 bis 2022 sowie Informationen zum Integrationsbudget**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1097/2020-2025

Herr Goertz gibt an, dass in der Vorlage von Trägern die Rede sei, die nicht nach Tarif zahlen. Daher fragt er an, ob die Stadt Bielefeld Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit solchen Trägern geschlossen habe. Wenn ja, bittet er um die Angabe der Anzahl. Vom Land sei seines Wissens nach vorgegeben, dass nach Tarif gezahlt werden muss.

Herr Rotter lobt die Vorlage und gibt bzgl. der Verwendung der Mittel aus dem Integrationsbudget an, dass laut der Vorlage die jeweils erforderlichen Beschlüsse zu gegebener Zeit eingeholt werden sollen. Diesbezüglich fragt er nach, ob es schon konkrete Termine hierfür gebe.

Herr Langeworth gibt an, dass im letzten Sommer die Erstellung eines Konzepts zu den Beratungsangeboten in der Innenstadt beschlossen worden sei. Diesbezüglich fragt er nach dem Bearbeitungsstand des Konzepts. Zudem fragt er bzgl. Streetwork am Kesselbrink an, ob es zu diesem Thema einen Bericht geben wird.

Die Verwaltung erläutert, dass in der Sitzung am 02.06.2021 zum Streetwork berichtet werden soll. Dies beinhaltet auch das Thema Konzept für die Innenstadt.

Auch gebe es bereits Entwürfe für die Beschlüsse zur Verwendung des Integrationsbudgets. „Open Sunday“ sei z. B. für die nächste Sitzung am 05.05.2021 angedacht.

Zu der Frage nach der Tarifbindung gibt Herr Nürnberger an, dass die Stadt Bielefeld Tarifbezahlung ermöglicht. So seien in der letzten Tarifrunde die Erfahrungsstufen mit abgebildet gewesen. Es würde jedoch keine Prüfung geben. Da es selten eine Vollfinanzierung gebe und häufig Eigenanteile gefordert werden, sei es schwierig, eine Tarifbindung zu verlangen.

Herr Hanke ergänzt, dass die Verpflichtung auf Landesebene eine Selbstverpflichtung sei.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0767/2020-2025

Frau Hopster und Herr Korbmacher melden Befangenheit zu diesem Punkt an.

Frau Purucker berichtet, dass Frau Schönfeld aus dem Beirat für Behindertenfragen schriftlich mitgeteilt habe, dass ihrer Ansicht nach durch das Projekt die kostspieligen Einzelfalllösungen vermieden werden und es zudem mehr Kindern ermöglicht werden könne, an der OGS teilzunehmen. Daher bittet sie darum, der Empfehlung des Beirats für Behindertenfragen zu folgen und das Pilotprojekt zu beschließen.

Frau Wend gibt an, dass die SPD das Pilotprojekt unterstütze und sich eine regelmäßige Berichterstattung wünsche.

Herr Langeworth berichtet, dass die CDU das Projekt ebenfalls unterstütze. Zudem gibt er an, dass sich der Personalbedarf laut der Vorlage aufgrund von Planungssicherheit grundsätzlich nicht reduzieren würde, sollte sich die Anzahl an Kindern reduzieren. Er fragt nach, ob es eine Grenze hierfür geben würde.

Herr Epp begründet dies mit der notwendigen Verlässlichkeit für die Eltern, die Kinder, die Schule sowie den Träger. Schwankungen seien normal. Jedoch sei davon auszugehen, dass die Nachfrage an den Plätzen hoch sein wird. Sollte sich die Anzahl der Kinder deutlich reduzieren, könnten diese Plätze voraussichtlich schnell wiederbesetzt werden.

Frau Purucker weist daraufhin, dass der Beirat für Behindertenfragen sowie der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Vorlage bereits einstimmig beschlossen haben.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

## **Beschluss:**

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, das anliegend beschriebene „Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags“ gemeinsam mit den Schulen und den OGS-Trägern umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird weiter aufgefordert, Anfang 2023 einen zwischen den Projektbeteiligten abgestimmten Bericht über die Umsetzung des Pilotprojektes vorzulegen, damit eine Entscheidung über eine eventuelle Verlängerung und ggfs. Ausweitung auf andere Schulen getroffen werden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

## **Abschlussberichte der Forschungsprojekte "Alleinerziehende in Bielefeld" und „Endlich fragt mich jemand!“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0886/2020-2025

Frau Hopster gibt an, dass sie das Ergebnis der beiden Berichte gut für die Stadt Bielefeld finde. Sie lobt, dass bei diesen die Alleinerziehenden im Fokus stehen. Zudem hoffe sie, dass das Thema zukünftig – insbesondere in der Pandemie – noch mehr angegangen werde.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 9**

## **Dokumentation der 1. Corona-Zukunftskonferenz vom 11.03.2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1076/2020-2025

Herr Nürnberger weist daraufhin, dass am 10.06.2021 eine zweite Konferenz geplant sei. Bei dieser sollen die Maßnahmenvorschläge aus der ersten Sitzung dargestellt und u. a. über die Umsetzung dieser diskutiert werden. Im Laufe des Junis soll dann unter Berücksichtigung des Feedbacks aus der Konferenz die abschließende Beschlussfassung erarbeitet werden. Dies werde voraussichtlich dazu führen, dass Ende Juni eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses notwendig sei. Diese würde gemeinsam mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss stattfinden.

- Kenntnisnahme –

-.-.-

## Zu Punkt 10

### Lebenslagen in Corona-Zeiten: Sozialmonitoring April 2021

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1130/2020-2025

Frau Purucker gibt an, dass die Vorlage samt Bericht als Tischvorlage vorliegt. Da diese sehr umfangreich sei, weist sie daraufhin, dass Fragen an Frau Warneke geschickt und diese dann im Nachhinein von Herrn Bergen beantwortet werden können.

Herr Langeworth fragt an, ob es sich bei den aufgelisteten Maßnahmen und Zielen zunächst um Überlegungen handle oder ob bereits Vorgänge angestoßen seien.

Herr Bergen gibt an, dass die Maßnahmen und Ziele Ergebnisse der Interviews mit verschiedenen Gruppen seien. Diese können in den Aktionsplan und weitere Maßnahmen einfließen. Es handle sich aber zunächst um eine Dokumentation der Vorschläge.

Frau Stillger teilt mit, dass der Fachbeirat für Mädchenarbeit in dem Prozess miteinbezogen werden möchte. Wichtig sei, dass von Beginn an Diversity-Aspekte berücksichtigt und differenzierte Maßnahmen entwickelt werden.

Herr Bergen gibt an, dass es keinen neuen Prozess geben werde, sondern dass die Ergebnisse mit in den Corona-Aktionsplan einfließen sollen. Daher sei es der gleiche Teilnehmerkreis wie bei der ersten Corona-Zukunftskonferenz und das Thema „Diversity“ würde bei diesem berücksichtigt werden. Er sagt zu, dass der Fachbeirat für Mädchenarbeit bei der Entwicklung von Maßnahmen einbezogen wird.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

## Zu Punkt 11

### Zusätzliche Sprachförderung in Kitas - ad hoc Maßnahmen in der Corona-Pandemie

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1031/2020-2025

Herr Langeworth gibt an, dass laut der Vorlage alle Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen unabhängig von einem Fluchthintergrund der Familie mit zusätzlicher Sprachförderung unterstützt werden sollen. Er fragt nach, wie diese Gruppen identifiziert werden und ob dies über den Sprachtest in der Kita laufe. Zudem fragt er, ob es eine zeitliche Begrenzung bei der Finanzierung gebe und wie sich diese zukünftig zusammensetze.

Herr Epp gibt an, dass es darum gehe, die Zeit bis zu den Sommerferien zu nutzen. Ein Aktionsplan für die Zeit danach soll noch im Rahmen einer Beschlussvorlage im Jugendhilfeausschuss diskutiert und beschlossen werden. Bei den Kindern, die im Sommer eingeschult werden, bestehe jedoch unmittelbarer Handlungsbedarf. Die ad hoc Maßnahmen könnten



mit den bisher eingeplanten Mitteln durchgeführt werden. Insgesamt seien bei vielen Kindern Sprachdefizite entstanden. Daher soll im Aktionsplan vorgeschlagen werden, dass für den Zeitrahmen Sommer 2021 bis Sommer 2022 weitere Mittel bereitgestellt werden. Voraussetzung sei, dass genügend Personalressourcen auf Seiten der Sprachförderkräfte zur Verfügung stehen, um den großen Bedarf decken zu können. Der zeitliche Rahmen sei gewählt worden, da das Landesprogramm „Erhebung von Lernrückständen von Schülern und Schülerinnen“ auf den gleichen Zeitraum angelegt sei. Dadurch könnten Ressourcen bei Überschneidungen genutzt werden.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

## Zu Punkt 12

### **Technik- und Medienkonzept für städtische Kindertageseinrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1019/2020-2025

Finn Bucken fragt nach, wie oder mit welchen Medien die städtischen Kitas im ersten und zweiten Lockdown mit den Kindern, welche die Einrichtung nicht besucht haben, Kontakt gehalten haben. Zudem fragt Finn Bucken an, ob die Stadtverwaltung in Betracht ziehe, den städtischen Kitas bei einem erneuten Lockdown kurzfristig Tablets mit Datenkarten zur Verfügung zu stellen, um das Internet zu nutzen.

Herr Epp gibt an, dass das Kontakthalten von Kita zu Kita unterschiedlich gewesen sei. Dies sei auch von der Medienaffinität der Eltern bzw. der Familien abhängig. In der Abhol- und Bringsituation wurden Gespräche geführt. Aber es habe auch Telefonate und Schreiben gegeben. Einige Kitas haben den Kindern Bastelkarten o. Ä. nach Hause geschickt. Dies hing auch von der jeweiligen Situation ab – Notbetreuung mit 30 % oder eingeschränkter Pandemiebetriebs mit 60-70 % der Kinder in der Kita.

In den städtischen Kitas konnten die vorhandenen PCs genutzt werden. Seit einigen Wochen habe auch jede Kita mindestens eine Kamera. Daher könne es nun auch Gespräche per Videotelefonie mit den Eltern geben.

Ziel sei, dass es in jeder Kita feste PCs und Kameras sowie Laptops und Tablets geben soll. Tablets sollen zur Verfügung gestellt werden, sobald dies technisch möglich sei. Bzgl. der angesprochenen Datenkarte als Lösungsmöglichkeit wolle er sich noch einmal informieren.

Herr Knauf gibt an, dass es wichtig sei, die Digitalisierung in Kitas voranzutreiben, um den Kindern entsprechende Kompetenzen zu vermitteln. Er fragt nach, ob es bereits Überlegungen zu Softwarelösungen z. B. zur Dokumentation gebe und wie der weitere Einsatz der Tablets geplant sei.

Herr Epp gibt an, dass bereits einige Programme z. B. für Meldungen an das Land genutzt werden. Dies soll es weiterhin geben, um Verwaltungstätigkeiten zu vereinfachen. Zur Nutzung bei der pädagogischen Arbeit soll ein Rahmenkonzept erarbeitet werden. Bei diesem muss nach dem Alter der Kinder unterschieden werden. Zudem soll es drei Zielgruppen in

dem angedachten Konzept geben: Kinder, Eltern, Erzieher\*innen. Bei der Erarbeitung des Konzepts sollen Elternvertreter\*innen einbezogen werden und diskutiert werden, wie die Medien nach Alter der Kinder eingesetzt werden können. Die Bildungsrichtlinien des Landes sowie die Richtlinien für pädagogische Konzepte für Medienarbeit in Kitas sollen dabei berücksichtigt werden. Soweit etwas Konkretes vorliege, werde dies im Jugendhilfeausschuss dargestellt.

Frau Stillger fragt an, ob in dem Prozess über die städtischen Kitas hinaus auch die Kitas der freien Träger einbezogen werden könnten. Auch könne man z. B. über die Wirtschaft ein Sponsoring organisieren, da die Anschaffung der Ausstattung für manche Träger schwierig sei. Ebenfalls könne man eventuell an der Problematik WLAN gemeinsam arbeiten.

Herr Epp gibt an, dass BITel und die Stadtwerke verstärkt an dieser Problematik arbeiten. Das Jugendamt kooperiere nun mit dem Digitalisierungsbüro der Verwaltung. Sodass das Thema immer aktiver vorangebracht werde. Derzeit werden Angebote verschiedener Apps für die Arbeit mit Kitakindern geprüft. Gegen einen offensiven Spendenaufwurf würde nichts sprechen. Angedacht sei jedoch, die Kosten im Rahmen der Sachkostenanteile der Kindpauschale zu finanzieren.

Bzgl. der Kooperation mit den freien Trägern gibt Herr Epp an, dass alle erstellten Konzepte in der Arbeitsgemeinschaft Tagesbetreuung allen Trägern vorgestellt und angeboten werden. Sollte ein Träger Interesse an einer gemeinsamen Erarbeitung haben, sei dies möglich. Jedoch zeige die Erfahrung, dass viele Träger ihre eigenen Konzepte haben.

Frau Hoffmann gibt für die Evangelischen Kitas in Bielefeld an, dass auch bei ihnen, das Thema WLAN eine große Herausforderung sei, da viele ältere Gebäude vorhanden seien. In den Lockdowns wurden verschiedene technische Möglichkeiten genutzt, um mit den Eltern in Kontakt zu treten. In der Trägerschaft gebe es viele Kitas mit bildungsnahen, aber auch viele mit bildungsfernen Eltern. Dies müsse bei der Erstellung des Medienkonzepts beachtet werden. Einige Eltern könnten nicht erreicht werden, wenn man allein auf die digitalen Medien setzen würde. Daher würde mit Bücherkisten vor der Kita-Tür, aber auch mit Aushängen und Postkarten gearbeitet. Für schnelle Informationen wie z. B. vom Ministerium, sei man auf die schnellen Kontaktflächen angewiesen. Dies sei eine große Herausforderung und erfordere ein gutes Konzept.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

## **Zu Punkt 13**

### **Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1045/2020-2025

Frau Purucker ruft TOP 13 auf. Da kein/e Vertreter\*in des Jugendamtselternbeirats anwesend sei, gibt Frau Purucker an, dass dieser sich per Mail gemeldet habe und mit der Vorlage und der bisherigen Vorgehensweise einverstanden sei.

Finn Bucken bittet die Verwaltung im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, spätestens im August über den Verfahrensstand zu den flexiblen Betreuungszeiten zu informieren. Zudem soll die Verwaltung vor einer erneuten Abfrage die Konditionen im Ausschuss vorstellen, um eine Einflussnahme zu ermöglichen. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sehe den Schwerpunkt nicht bei dem 35-Flex-Modell. Sie möchte insbesondere die Reduzierung der Schließtage und die Öffnungszeiten über 45-Wochenstunden fördern. Dadurch sollen insbesondere Frauen und Inter-Personen Familie und Beruf besser vereinbaren können sowie Chancengleichheit im Beruf ermöglicht werden. Die Verwaltung soll diese Angebote daher attraktiv für die Träger gestalten, damit eine Umsetzung erfolgt.

Herr Langeworth erklärt für die CDU und Frau Wend für die SPD, dass sie sich dem anschließen.

Herr Hanke berichtet, dass die AG 78 nach der Jugendhilfeausschusssitzung im Juni tagt. In dieser sollen die Träger noch einmal nach Bedarfen und Möglichkeiten der Umsetzung aus ihrer fachlichen Sicht gefragt werden. Vorbereitend tagt erstmals am 15.04.2021 eine UnterAG. Zudem ist eine Befragung der Eltern in den Kitas geplant. Bislang sei angedacht, diese wegen der Corona-Situation Anfang August zu versenden. Er fragt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, ob die Befragung ihrer Ansicht erst zu Beginn des nächsten Kita-Jahres stattfinden soll oder doch lieber zeitnah. Er weist daraufhin, dass bei dem Versand die Sommerferien berücksichtigt werden müssen.

Herr Epp ergänzt, dass eine Berichterstattung zu dem Ergebnis aufgrund der Sommerpause erst in der Ausschusssitzung am 01.09.2021 erfolgen kann.

Es gibt mehrere Wortmeldungen, welche sich für eine zeitnahe Abfrage aussprechen. Gründe hierfür sind u. a., dass die Kitas aktuell geöffnet und die zukünftigen Entwicklungen ungewiss seien. Um objektive Ergebnisse zu erlangen, sollte zudem eine erneute Abfrage im nächsten Jahr erfolgen, da die Corona-Lage zu dem Zeitpunkt eventuell anders aussehe.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

**Die Kita Schaukelpferd wird aus den für das Kita-Jahr 2021/2022 verfügbaren Mitteln zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten mit einem Betrag von 3.333,33 € bezuschusst, da sie neben den ersten drei Sommerferienwochen 2021 auch die sechste Sommerferienwoche 2021 geöffnet hat.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 14**      **Bericht über die Inanspruchnahme des Familienbüros und des Familienportals 2019 und 2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0992/2020-2025

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 15**      **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1028/2020-2025

Herr Epp berichtet, dass das aktuelle Betreuungs-Niveau wieder demjenigen von vor 2015 entspricht. Daher fragt er die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, ob weiterhin jedes Jahr eine Berichterstattung gewünscht sei oder ob diese auch alle zwei Jahre ausreichen würde.

Frau Purucker fragt nach einem allgemeinen Meinungsbild. Die Anwesenden sprechen sich dafür aus, den Rhythmus bis auf weiteres wieder auf zwei Jahre anzupassen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 16**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Die Verwaltung berichtet, dass in der nächsten Sitzung am 05.05.2021 folgende Punkte thematisiert werden sollen:

- Qualifizierter Bericht zur Spielflächenbedarfsermittlung
- Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie
- Neue Familienzentren
- Vergütung Kindertagespflege
- Erweiterung des Angebots „Open Sunday“
- Zuschuss Ausstattung Jugendeinrichtung „Kamp“
- evtl. Ferienspiele Sommer und Herbst 2021

-.-.-

Bielefeld, 20.04.2021

---

Susann Purucker (Stellv. Vorsitzende)

---

Liesa Warneke (Schriftführerin)